



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen für 2014 präsentieren sich durchaus positiv. So soll die globale Wirtschaftsleistung um 3,2 % zulegen. Das BIP soll in den USA um 2,8 % und in China um 7,5 % wachsen. Für die Euro-Zone werden dagegen nur 1,1 % Steigerung prognostiziert. Dazu soll vor allem Deutschland als „Kraftwerk Europas“ mit einem Zuwachs von bis zu 2 % beitragen. Der DIHK hat seine Prognose für das Außenhandelswachstum von 4 % auf 4,5 % angehoben. Wie ein Damokles-Schwert schwebt die ungelöste Euro-Krise über dem Geschehen. Die Gemeinschaftswährung hat den exportschwachen Ländern die Möglichkeit genommen, durch die Abwertung nationaler Währungen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Wachsende Nachfrage

Der private Konsum wird hierzulande 2014 – nach Einschätzung der Bundesregierung – um etwa 1,5 % zulegen. Er bleibt damit etwas unter dem BIP-Wachstum. Die SHK-Branche wird weiterhin von der deutlich belebten Nachfrage bei Neubau, Sanierung und Modernisierung profitieren. Die Zahl der Wohnungsbau-Fertigstellungen ist 2013 um 16 % gestiegen. Der Renovierungsmarkt ist um 5 % gewachsen. Die aus der Euro-Krise resultierende Neigung der Bürger, verstärkt in „Betongold“ zu investieren, hat bereits zu ersten Überhitzungseffekten geführt. So sind die Preise für Wohnimmobilien in 125 deutschen Städten – nach Angaben der Bundesbank – im vergangenen Jahr um 6,25 % gestiegen. Seit Beginn des Nachfrage-Booms im Jahr 2010 haben sich Häuser und Wohnungen um fast ein Fünftel verteuert. In besonders beliebten Ballungsräumen wie Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München sind die Preise für Eigentumswohnungen allein im Jahr 2013 um 9 % gestiegen. Als zusätzlicher Motor wirken die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten: Im vergangenen Jahr lag der durchschnittliche Effektivzinssatz für Wohnungsbaukredite bei 2,75 %. Der Empfehlung von ifo-Chef Hans-Werner Sinn, verfügbares Geld nicht spekulativ anzulegen, sondern lieber in eine Badrenovierung zu stecken, werden auch in diesem Jahr viele Haus- und Wohnungseigentümer folgen.

Abwrackprämie für alte Heizungen

Die Deutschen müssen immer mehr für die Heizung ausgeben. So sind die Löhne seit 2002 um 17 % gestiegen, die Kosten für Heizung und Warmwasser jedoch um 43 %. Ursächlich dafür waren die explodierenden Preise von Heizöl und Gas. Dass diese Entwicklung allerdings nicht unvermeidlich ist, zeigt ein Blick auf die Altersstruktur der Heizungsanlagen. Nach Angaben des Umweltministeriums sind 20 % der Ölfeuerungsanlagen älter als 21 Jahre, weitere 8,5 % sogar älter als 29 Jahre. Bei den Gasfeuerungsanlagen sind 14,3 % älter als 21 Jahre und 4,7 % älter als 29 Jahre. Überfällig ist hier eine Initiative der Bundesregierung zur Verbesserung der Energieeffizienz. Als Vorbild kann die ab 2009 gewährte Abwrackprämie für Altfahrzeuge dienen. Hier hat der Staat insgesamt 5 Mrd. Euro an Fördermitteln bereitgestellt, die die Energie- und Klimabilanz schlagartig verbessert haben. Außerdem dürften diese Ausgaben unter dem Strich durch steuerliche Mehreinnahmen überkompensiert worden sein.

Rekord bei Steuereinnahmen

Apropos: Der Staat hat 2013 soviel Steuern eingenommen wie nie zuvor. Das Aufkommen bei Bund und Ländern hat sich um 3,3 % auf 570,21 Mrd. erhöht. Allein der private Konsum hat 196,9 Mrd. in die öffentlichen Kassen gespült. Außerdem profitierte der Fiskus von gestiegenen Unternehmensgewinnen und Lohnsteuereinnahmen. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer kletterten im Vergleich zum Vorjahr um 15,2 % auf 19,51 Mrd. Euro. Gleichwohl hat es die Bundesregierung auch 2013 geschafft, die Neuverschuldung zu erhöhen.

Fatale „Akademisierung“

Der DIHK hat kürzlich vor einer „Akademisierung“ der Gesellschaft gewarnt. Während die Hörsäle aus allen Nähten platzten, suchten die Unternehmen händeringend Azubis. So seien 2013 4,5 % weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Dagegen ist die Zahl der Studienanfänger um 2 % auf 506.600 gestiegen. Seit 1996 hat sich der prozentuale Anteil von 28,1 % auf 54,7 % fast verdoppelt. Deutschlands Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit hängen – so der DIHK – von der Facharbeiter- und Meisterausbildung ab. Im SHK-Fachhandwerk erweist sich der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften mittlerweile als vorrangiges Problem und massive Wachstumsbremse.

Schwarzarbeit

Die große Koalition ist dabei, die Schwarzarbeit zu beleben. Eine neue Studie kommt zu dem Schluss, dass Mindestlohn und die Rente mit 63 einen Anstieg der Schattenwirtschaft bewirken werden. Nachdem sich die Vorgängerregierungen über 10 Jahre darum bemüht hatten, dass sich legale Arbeit mehr lohnt, zeichnet sich nun eine Kehrtwende ab. Den Sozialversicherungsträgern gehen derzeit 50 bis 60 Mrd. Euro pro Jahr durch Schwarzarbeit verloren. Das volkswirtschaftliche Gesamtvolumen der Schattenwirtschaft ist von ihrem Höhepunkt in 2003 (370 Mrd. Euro) auf 340,5 Mrd. in 2013 zurückgegangen. Der prozentuale Anteil am offiziellen BIP sank in diesem Zeitraum von 17,2 % auf 12,4 %. Diese relativen Erfolge werden jetzt durch eine weltfremde „Sozialpolitik“ aufs Spiel gesetzt.

160 Milliarden

Als „absolut falsches Signal“ hat Altkanzler Schröder die Rente mit 63 kritisiert. Das gelte „gerade mit Blick auf unsere europäischen Partner, von denen wir ja zurecht Strukturreformen einfordern“. Das Vorhaben wird bis 2030 zusätzliche Kosten in Höhe von 160 Mrd. Euro verursachen. CDU und CSU haben der SPD dabei geholfen, die sozialpolitische Uhr aus wahltaktischen Gründen zurückzudrehen. Gerhard Schröder wörtlich: „Die Entscheidungen kosten nicht nur einmal Milliarden, die Ausgaben kommen jedes Jahr wieder. Das führt in einigen Jahren unweigerlich zu der Frage: Müssen wir deswegen die Rentenbeiträge erhöhen?“ Dann stehe man wieder vor schmerzhaften Entscheidungen wie zu Zeiten der Agenda 2010. Auch die OECD hat die Rentenbeschlüsse der Bundesregierung scharf kritisiert: „Anstatt weiter langfristig zu planen und das Rentensystem auf die Alterung der Bevölkerung einzustellen, werden sinnvolle Reformen zurückgenommen.“